

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Matthias Fischbach

Abg. Tobias Reiß

Abg. Harald Güller

Abg. Verena Osgyan

Abg. Robert Brannekämper

Abg. Sebastian Körber

Abg. Ulrich Singer

Abg. Kerstin Radler

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Markus Blume

Staatsminister Bernd Sibler

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Volkmar Halbleib, Harald Güller u. a. und Fraktion (SPD)

**Prüfung der Vorgänge bei der Errichtung des Deutschen Museums Nürnberg
(Drs. 18/12464)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Deutsches Museum Nürnberg: Lückenlose Aufklärung notwendig!
(Drs. 18/12488)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU)

Zweigstelle des Deutschen Museums in Nürnberg (Drs. 18/12489)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Harald Güller, SPD-Fraktion, das Wort.

(Zuruf)

Zur Geschäftsordnung spricht der Abgeordnete Matthias Fischbach.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist doch ein Punkt, der den Ministerpräsidenten als ehemaligen Finanzminister persönlich betrifft. Ich würde deswegen beantragen, dass wir ihn hier ins Plenum zitieren.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Zu diesem Antrag sehe ich keine weitere Wortmeldung. – Doch! Herr Kollege Reiß, bitte schön.

Tobias Reiß (CSU): Ich lehne es ab, dass der Ministerpräsident zu diesem Tagesordnungspunkt ins Plenum zitiert wird. Es geht um eine sachliche Auseinandersetzung in einer Frage, zu der Dringlichkeitsanträge gestellt werden. Das werden wir hier sicherlich souverän abhandeln; zumindest kann ich da sicherlich für meine Fraktion und die FREIEN WÄHLER sprechen. Von daher ist es nicht erforderlich, den Ministerpräsidenten ins Plenum zu zitieren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Damit komme ich zur Abstimmung.

Wer dem von Herrn Abgeordneten Matthias Fischbach für die FDP-Fraktion gestellten Geschäftsordnungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD. Wer enthält sich? – Das ist der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Damit ist dieser Geschäftsordnungsantrag abgelehnt.

Ich rufe nun den Abgeordneten Harald Güller, SPD-Fraktion, auf.

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir können an dieser Stelle eigentlich nahtlos weitermachen. Das Ganze wurde auch aufgrund von Dringlichkeitsanträgen und Anträgen der SPD im Jahr 2017 schon weitgehend in diesem Hause diskutiert. Aber es ist tatsächlich noch eine ganze Reihe von Fragen offen.

Damals, im März 2017, hat die SPD einen Antrag gestellt. Im Juli 2017 haben wir einen Dringlichkeitsantrag gestellt. Aufgrund dieser Anträge gab es am 12.07.2017 eine Diskussion im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst. Was neu an der Diskussion ist, und was wir damals nicht wussten ist, dass im Jahr 2018 eine Parteispende des Bauherrn bzw. Immobilienmaklers in Höhe von 45.500 Euro an die CSU geflossen ist.

Andere Dinge waren damals schon bekannt. Allerdings wurden sie von uns auch klar und eindeutig kritisiert, und zwar ohne dass sie irgendeine Konsequenz bei der Staatsregierung, beim Finanzminister oder beim damaligen Ministerpräsidenten gehabt hätten. Das heißt, man baut nicht selbst ein Museum, ein Gebäude, das man dann lange Jahre selber nutzen kann, sondern man zahlt an einen Immobilienmakler, an einen Bauherrn, eine Miete von 40 Euro je Quadratmeter, 230.000 Euro im Monat. Das macht im Jahr 2,8 Millionen Euro. Das summiert sich für die Laufzeit der ganzen Anmietung auf über 70 Millionen Euro in 25 Jahren. Wir bezahlen auch noch eine Anschubfinanzierung für das Deutsche Museum, Außenstelle Nürnberg, in Höhe von 27 Millionen Euro, obwohl am Anfang von 8 Millionen Euro die Rede war. Das sind die Fakten, Kolleginnen und Kollegen. Jetzt kommt noch das Thema Parteispende hinzu.

Ich darf allerdings auch auf offene Fragen von damals verweisen. Wir haben das Thema am 12. Juli 2017 im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst behandelt. Dort sagte Herr Wolfgang Heckl, der Generaldirektor des Deutschen Museums, auf die Frage, ob denn geprüft worden sei, ob es andere Standorte gebe und ob das Ganze ein angemessener Preis sei, dass er damit gar nichts zu tun habe. Dass die anderen Standorte nicht gut seien, habe die IMBY, die Immobilien Freistaat Bayern, so geprüft. Ob dies ein angemessener Mietpreis sei, ob es wirklich eine Top-1-Lage oder doch eher eine Randlage der Innenstadt sei, ob 40 Euro je Quadratmeter angemessen seien, habe er natürlich nicht geprüft. Er habe den Gutachterausschuss gefragt, und die Antwort des Gutachterausschusses habe gelautet: Für einen Spezialbau mit solch hohen Ansprüchen gebe es keine Vergleichswerte. – Das ist nachlesbar im damaligen Protokoll.

Dann hat der Vertreter des Kultusministeriums gesagt: Ja, die Miete sei schon sehr hoch. Das sehe auch das Ministerium so. Konsequenzen? – Null und nichts. Man hat das Geld einfach ausgegeben.

Jetzt sind wir beim Kern des Themas. Dazu brauche ich den Ministerpräsidenten nicht hierher zu zitieren. Hier brauche ich mir nur das Protokoll der Plenarsitzung vom

20. Juli 2017 anzuschauen, in der Kollege Kränzlein den Antrag der SPD und unsere Kritik – nicht an einem Museum in Nürnberg, nicht an einem Museum mit einer solchen Ausrichtung, sondern an der Art und Weise, wie hier mit Geld umgegangen wird – auf den Punkt gebracht hat und die Fragen noch mal gestellt und unsere Kritik genannt hat. Er sagt dann:

Alles, Herr Söder, wird nur gemacht, weil Sie wieder mit einem Schnellschuss vorgehen und zeigen wollten, wie tüchtig Sie sind, und das möglichst noch vor den Wahlen.

Dann kommt die Aussage vom damaligen Herrn Finanzminister Söder:

Das stinkt Ihnen, oder?

Das ist also eine Verkürzung auf genau das, um was es geht, nämlich um den Wahlkampf, koste es im wahrsten Sinne, was es wolle. Noch vor der Wahl muss in Nürnberg ein Museum etabliert werden, ohne an dieser Stelle auf die Kosten zu schauen. Herr Kränzlein antwortete dann darauf:

Das stinkt mir überhaupt nicht. Ärgerlich ist nur, dass Sie damit hohe Kosten verursachen, die wir [...] kompensieren müssen, indem wir andere wichtige Vorhaben zurückstellen.

Darum geht es. Geld kann man eben nur einmal ausgeben, man darf es nicht für ein Projekt verschwenden, das es auch unter anderen Voraussetzungen günstiger gibt.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen fordern wir in unserem Antrag, dass wir erstens ein Gutachten des Obersten Rechnungshofes einholen, wie es in Artikel 88 der Bayerischen Haushaltsordnung vorgesehen ist. Wir wollen nicht nur so eine halbseidene Forderung wie die CSU, dass wir es begrüßen, wenn der Rechnungshof irgendwann einmal prüft, und dass er dann irgendwie weiterprüfen soll. Nein, wir stellen, wie es im Gesetz vorgege-

ben ist, klare Fragen und bitten den Rechnungshof, uns dazu zu informieren. Darüber diskutieren wir, und nicht über irgendwelche Gefälligkeiten.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens wollen wir einen Bericht der Staatsregierung, und zwar nicht am Sankt-Nimmerleins-Tag und auch nicht, wie es in Ihrem Antrag steht, über ein paar belanglose Themen. Wir wollen zu den Themen, die ich vorher aufgezählt habe, und auch zum Thema Parteispende klare Antworten haben, und zwar in nächster Zeit und nicht erst nach Eröffnung des Museums. Dazu gibt es heute die Möglichkeit, Farbe zu bekennen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Abgeordneter.

Harald Güller (SPD): Stimmen Sie unserem Antrag zu und nicht irgendeinem putzigen Antrag der CSU, der nur halbseiden ist.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächste Rednerin rufe ich Frau Verena Osgyan vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf.

Verena Osgyan (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! In Kürze eröffnet die Außenstelle des Deutschen Museums in Nürnberg, ein Zukunftsmuseum, und das ist ein Anlass zur Freude. Bundesweit berichten die Medien darüber. Chapeau! Das muss man erst einmal schaffen. Sie berichten aber über einen Spendensumpf und über ein Millionengrab. Als Nürnbergerin muss ich mich an der Stelle schon freudschämen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die letzte Landtagsdebatte darüber liegt drei Jahre zurück. Ich durfte damals auch schon dazu reden. Die Staatsregierung hat offensichtlich geglaubt, dass über die

Sache schon Gras wachsen wird. Mit solchen Sachen ist es aber ähnlich wie mit den Zombies: Sie kommen immer dann ums Eck, wenn man am wenigsten damit rechnet. Jetzt ist es wieder so weit, wir haben das Thema wieder auf dem Tisch und im Landtag und müssen sagen: Jetzt gehört dieser Sumpf endlich aufgearbeitet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieser Zombie kommt ausgerechnet dann ums Eck, wenn einer der handelnden Akteure sich zu Höherem berufen fühlt. Der Weg ins Kanzleramt ist weit, und da wird in Bezug auf Compliance ganz anders hingeschaut.

Schon damals haben wir darauf hingewiesen, dass sich dieses Projekt, das der damalige Finanzminister Markus Söder 2014 ausdrücklich als Projekt der Staatsregierung angekündigt hat, in kürzester Zeit um den Faktor zehn verteuert hat. In toto betrug die Kostensteigerung über 1.000 %. Der Freistaat Bayern hat damit den jemals teuersten Mietvertrag übernommen. Man hatte sich seit damals immer darauf zurückgezogen, das hätte das Deutsche Museum gemacht. Ja, das hieß anfangs einmal ganz anders. Deswegen bleibe ich bei meinem Urteil von 2017: Es ist ein finanzpolitischer Saustall, und der wurde bisher immer noch nicht ausgekehrt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Blicken wir einmal zurück in die Anfangsphase des Projekts. Markus Söder und Generaldirektor Heckl haben sich auf Pressekonferenzen abwechselnd die Bälle mit der damaligen Nürnberger Kulturreferentin Julia Lehner, der heutigen Bürgermeisterin in Nürnberg, und dem Immobilienunternehmer Gerd Schmelzer zugeworfen. Manchmal haben sie dabei auch Star-Trek-Uniformen getragen. Das hat immer sehr schöne Bilder gegeben. Dann gab es wohl 2018 – und das ist jetzt die Neuigkeit – eine Großspende von Schmelzer, seines Zeichens auch Ehemann von Julia Lehner und Vermieter des Museumsgrundstücks. Dies steht im Raum. Die Spende war nur ganz knapp unter der Grenze für die Sofortveröffentlichung. Das alles gibt schon ein neues Geschmäckle. Dieses Geschmäckle ist aber nicht nur ein Geschmäckle, denn diese

ganze Konstellation hat schon vorher ganz gewaltig zum Himmel gestunken. Und wie es so oft ist: Wenn es gescheit stinkt, will es keiner gewesen sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt höre ich von Ministerpräsident Söder, dass er dazu nichts zu sagen hat, er wisse nichts über die Parteispende und das alles sei Sache des Deutschen Museums. Da sage ich schon: Wenn Sie als CSU-Chef von der Parteispende nichts wissen, sollten Sie sich vielleicht einmal schlaumachen. Und dass alles Sache des Deutschen Museums sei, kann man durchaus anders sehen.

Ich glaube nicht, dass Sie mit diesen Halbwahrheiten länger durchkommen und alles wegdrücken können. Die in der letzten Legislaturperiode versprochene Transparenz geht weiterhin gegen null. Nach all den Jahren kennen wir immer noch zentrale Punkte nicht. Was passiert denn zum Beispiel nach 25 Jahren, nach Ablauf des Mietvertrags, mit dem Museum? Es ist schon sehr ungewöhnlich, dass ein Museum nur eine Laufzeit von nur 25 Jahren hat. Gibt es dazu noch andere Vereinbarungen? Wer war denn an der Standortsuche wirklich beteiligt? Wer hat die Verhandlungen geführt? Mit welchem Verfahren wurde der Standort ausgesucht? Wie kommt man auf einen solchen No Risk Deal für den Vermieter, der für den Freistaat nicht nur ein sehr teurer Deal ist, sondern nach dem Nebenkosten, Reparaturen und alles andere zulasten des Mieters gehen? Das ist schon sehr ungewöhnlich.

Die Gründe für die Kostensteigerung nach der Standortbekanntgabe von 11 Millionen auf 100 Millionen Euro – auch da war schon von der Anmietung die Rede – würden wir auch gerne kennen. Die guten Nachrichten nimmt man immer gerne für sich selber, die schlechten werden weggeschoben. Darin ist auch Generaldirektor Heckl vom Deutschen Museum ein wahrer Meister. Uns ist es schon klar: Die Verfasstheit des Deutschen Museums ist schwierig. Das Deutsche Museum ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Der Freistaat ist nur Zahlmeister und hat die Rechtsaufsicht. Dass das schwierig ist, ist schon klar. Unter der Konstellation können wir aber nicht immer

einfach neues Geld in die Projekte der Museumsleitung umleiten. Künftig gibt es noch einmal 300 Millionen obendrauf für das Haupthaus in München, von denen wir auch wissen, dass sie wahrscheinlich nicht reichen werden. Und das Ganze wird nicht im Geringsten kontrolliert.

Heckl braucht aus meiner Sicht im Ausschuss gar nicht mehr zu erscheinen. Er lächelt immer nett, aber das bringt uns nicht wirklich weiter. Wir müssen endlich Klartext reden. Wir müssen darüber reden, ob wir die Trägerschaft des Deutschen Museums vielleicht in staatliche Hand geben. Ich möchte, dass die verantwortlichen Minister von damals im Ausschuss Rede und Antwort stehen. Vielleicht braucht der Ministerpräsident gerade seinen Nachtschlaf. Das mag schon sein. Herr Staatsminister Sibler, lieber Bernd, ich halte es für mannhaft, dass du dich stattdessen hinstellst. Du warst damals an dem Projekt nicht beteiligt. Wir brauchen aber eine ordentliche Debatte mit allen Beteiligten. Dass der Oberste Rechnungshof das Projekt prüft, wie wir es gefordert haben, ist schon einmal gut. Ich möchte mich deshalb gar nicht an der Debatte um einzelne Quadratmeterpreise etc. beteiligen. Das wird der Rechnungshof prüfen.

Kurios finde ich den CSU-Antrag, bei dem mehr oder weniger herauskommt: Ja, es ist sehr schön, dass der ORH das prüft, man möge informieren, einen Bericht soll es auch geben, aber ansonsten soll das ganze Projekt schöngeredet werden. Wir werden trotzdem dem Antrag der CSU zustimmen. Wir werben um Zustimmung zu den anderen Anträgen. Wir hoffen, dass die FREIEN WÄHLER auch so mutig sind. Trotz allem wünsche ich dem Deutschen Museum Nürnberg einen guten Start. Vor allem möchte ich, dass der gute Start ohne Schmutzflecken erfolgt.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ihre Redezeit ist zu Ende, Frau Abgeordnete.

Verena Osgyan (GRÜNE): Deswegen muss jetzt vollumfänglich aufgeklärt werden. Unterstützen Sie uns dabei!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich den Abgeordneten Robert Brannekämper von der CSU-Fraktion auf.

Robert Brannekämper (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Frau Osgyan, Sie haben heute wieder die gleiche Debatte geführt, die wir schon in der letzten Legislaturperiode im Jahr 2017 und auch schon vorher intensiv geführt haben. Sie tun so, als hätte sich das Parlament niemals mit diesem Thema befasst. Natürlich gab es Beschlüsse im Haushaltsausschuss. Wir sind kein autokratisches Dritte-Welt-Regime, das hergeht und einfach Millionensummen durchwinkt und freigibt. Es gab mehrfach Beschlüsse des Parlaments. Im Mai 2016, im Januar 2017 und im April 2017 haben wir uns im Wissenschaftsausschuss damit befasst, und im Juli 2017 hatten wir hier im Plenum eine lange, ausführliche Debatte. Jetzt kommen Sie noch einmal mit der IMBY und dieser Preisangelegenheit, die Sie in ein Bild ummünzen, wonach es geheime Geschichten gegeben habe, die die CSU gesteuert hätte.

Wir sind mit 14 Grundstücken gestartet, liebe Kolleginnen und Kollegen, 14 Grundstücken! Zwei sind am Schluss in die engere Wahl gekommen, und diese zwei Grundstücke waren der Augustinerhof und das Kaufhaus Horten am Aufseßplatz. In der Beurteilung, in diesem Rennen hatte lange Zeit das Kaufhaus Horten massive Vorteile, und man dachte, dass es der Standort werden würde. Warum? – Weil es viel höhere Geschossdecken hatte. Die damalige Planung hatte ursprünglich eine lichte Raumhöhe von 2,80 Meter. Sie können sich vorstellen, dass das viel zu wenig ist, um dort ein Museum unterzubringen, lieber Kollege. Erst nachdem man stark umgeplant und eine Geschossdecke herausgenommen hat – –

(Zuruf)

– Bitte? – Es geht um das Bild, lieber Kollege von Brunn, das Sie hier zeichnen: Es sei immer glasklar gewesen, dass wir am Schluss im Augustinerhof enden würden. – Nein, das ist grundfalsch, lieber Kollege. Daran merkt man, dass ihr euch die ganzen

Jahre nicht um dieses Thema gekümmert und im Ausschuss geschlafen habt und immer wieder die gleiche billige Leier anfangt wie auch heute Abend.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Diskussion über die Miethöhe ist das gleiche Thema. Dieses Thema ist natürlich von der IMBY geprüft worden; Kollege Güller sagte es. Es ist ein Spitzenstandort in Nürnberg, Premiurlage. Für Geschäftsräume im Erdgeschoss werden dort im Durchschnitt 80 Euro pro Quadratmeter bezahlt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Man zahlt weniger als die Hälfte dafür, mit einer ansprechenden, modernen Fassade mit höchsten Standards – höchsten Standards! Euer Hinweis ist wirklich drollig, Frau Osgyan, zu fragen, warum wir das nicht selbst gebaut haben. – Weil wir es nach Haushaltsrecht gar nicht können. Wir können kein Gebäude bauen und es irgendeinem Dritten übergeben. Es ist ein Leibniz-Forschungsmuseum

(Zuruf)

– nein, kann er nicht, lieber Kollege; es ist haushaltsrechtlich nicht möglich –, das immer – das gilt in ganz Deutschland – von dieser bipolaren Ausführung getragen ist: Der Bund und das jeweilige Land zahlen die Kosten. Das muss man einfach zur Kenntnis nehmen. Ich weiß nicht, habt ihr während der ganzen Debatten in der letzten Legislaturperiode geschlafen? Ihr fangt immer wieder neu an. Da kommen dann die Zombies ums Eck. Kaum lesen sie etwas von irgendeiner Spende, kommen die Zombies ums Eck und fangen die gleiche Diskussion, die wir eine Legislaturperiode lang immer wieder im Wissenschafts- und im Haushaltsausschuss geführt haben, wieder von vorn an. Der absolute Wahnsinn! Dazu fällt einem wirklich nichts mehr ein. Sie reden das Projekt kaputt, bevor es überhaupt begonnen hat.

Der Oberste Rechnungshof prüft dieses Projekt seit dem 17. Juli 2020 umfangreichst – soviel weiß ich – mit einem riesigen Fragenkatalog zum Thema Grundstück, Entstehung, Notwendigkeit, Vergleichswerte und, und, und. Das wird alles kommen. Sie wissen das, blenden es heute auch wieder aus und tun so, als wenn Sie es nicht wüssten

und es erst heute richtig beantragen müssten. – Abgrundtiefe Falschaussage, Frau Kollegin. Sie wissen genau, dass der Rechnungshof prüft. Warum beantragen Sie es dann noch einmal? Das ist doch unsinnig.

(Zuruf)

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, sage ich euch ganz offen: Ihr redet dieses Spitzenprojekt, um das uns ganz Deutschland beneidet, am Start kaputt. Man muss sich wirklich schämen. Es ist ein Zukunftsmuseum, ein Science-Museum, das in Deutschland – und wahrscheinlich in Europa – einzigartig ist, das sich um die neuen Fragen kümmert. Man kann sich nicht in jeder Bildungsdebatte hinstellen, liebe Kollegin, und sagen, die Staatsregierung müsse mehr tun, um die MINT-Fächer voranzutreiben – dies tun wir hiermit –, und wenn es konkret wird sagen, es sei zu teuer, es sei alles falsch, das Ganze stecke im Prinzip in einer Sackgasse und man müsse jetzt einen Saustall aufräumen. Es ist ein abgrundtief falsches Bild, Frau Osgyan, und ich weise es ausdrücklich zurück.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich bin gespannt: Wenn es eingeweiht wird, dann sind Sie die Ersten, die am Buffet stehen und sagen, dass es an diesem Tag wunderbar sei, aber die Rolle des Parlaments überhaupt nicht richtig berücksichtigt würde, obwohl Sie in den letzten Jahren nur Sand ins Getriebe geschaufelt, nichts beigetragen und das Projekt torpediert haben.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ich bin froh, dass es kommt; es ist ein großartiges Signal der Staatsregierung. In diesem Sinne bitte ich um Unterstützung unseres Antrags. Ihre beiden Anträge werden wir ablehnen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, wir haben zwei Zwischenbemerkungen, die erste vom Abgeordneten Körber, FDP-Fraktion.

Sebastian Körber (FDP): Herr Kollege Brannekämper, habe ich Sie gerade richtig verstanden? Sie sagten: "In dieser Spitzenlage sind 80 Euro erdgeschossig durchschnittliche Miete." – Habe ich Sie da richtig verstanden? Deshalb würde ich Sie gern fragen –

Robert Brannekämper (CSU): Sie fragen mich – –

Sebastian Körber (FDP): – ich habe das Wort, soweit ich weiß –, ob Sie sich überhaupt schon einmal irgendeinen Marktbericht vor Ort angeschaut haben, den der Stadt Nürnberg, den für Gewerbeflächen des IVD oder irgendwelche anderen unabhängigen Berichte,

(Zuruf)

um sich so hier hinstellen zu können. Dass 80 Euro pro Quadratmeter in dieser – ich zitiere Sie – Spitzenlage durchschnittliche Miete sind, ist realitätsfern.

(Beifall bei der FDP)

Weiterhin würde ich gern von Ihnen wissen: Sie sprachen von einem durchschnittlichen Mietpreis. Ich gehe davon aus – Sie sind Ausschussvorsitzender –, Sie haben sich zur Vorbereitung die Unterlagen bestimmt gut angesehen. Wie würden Sie eine solche Miete berechnen? – Die DIN 277 gibt das ja genau vor. Wie ist das denn gemacht? Ist das die durchschnittliche Erdgeschossmiete von 80 Euro pro Quadratmeter? Dazu würde mich Ihre geschätzte fachliche Einschätzung interessieren, nach der Sie offenbar glauben, dass ein derartiger Mietpreis plausibel ist.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ihre Redezeit ist zu Ende.

Robert Brannekämper (CSU): Lieber Kollege, wir glauben nichts, sondern wir entnehmen das dem Brief der IMBY Bayern, die für mich sehr plausibel dargestellt hat,

dass im unmittelbaren Umfeld für die Geschäftslagen im Erdgeschoss Preise von durchschnittlich 80 Euro pro Quadratmeter gezahlt werden. Ich zitiere aus dem Bericht der IMBY.

(Zuruf: Das ist falsch!)

– Ich zitiere aus dem Bericht der IMBY.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Abgeordneten Harald Güller. Bitte, Herr Kollege.

Harald Güller (SPD): Herr Kollege Brannekämper, erstens habe ich nicht gesagt, dass die IMBY den Mietpreis geprüft hat, sondern ich habe – im Gegenteil – aus dem damaligen Protokoll des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst die Aussage von Herrn Dr. Heckl zitiert, dass die IMBY zwei Gelände ausgeschlossen hat und er sich vielmehr beim Gutachterausschuss erkundigt habe, ob der Mietpreis in Ordnung sei, und dort die Antwort bekommen habe, dass es ein Spezialbau sein und sie dazu keine Auskunft geben könnten.

Das unterstreicht, dass es notwendig ist, sich noch einmal damit zu beschäftigen, deshalb noch einmal die Frage: Warum sind Sie als CSU und Freie Wähler nicht so selbstbewusst, in diesem Parlament mit uns eine Mehrheit dafür herbeizuführen, dass wir dem ORH diese Fragen stellen und dann ein Gutachten bekommen?

Die zweite Frage: Warum sind Sie nicht so selbstbewusst, um auch zu sagen: Staatsregierung, komme in die Ausschüsse, erkläre dich nochmals, lass uns Transparenz schaffen! – Ich glaube, die Bürgerinnen und Bürger haben insbesondere nach der Spende von –

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Kommen Sie bitte zum Ende.

Harald Güller (SPD): – 45.500 Euro ein Recht auf diese Transparenz.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte.

Robert Brannekämper (CSU): Lieber Kollege, genau das machen wir. Wir haben darum gebeten, dass die Staatsregierung in den Wissenschaftsausschuss kommt und dort noch einmal alle wesentlichen Punkte vom Anfang bis zum Schluss darstellt. Der Rechnungshof hat dies seit dem 17. Juli 2020 auf dem Tisch und prüft es. Ich habe lange überlegt, ob wir es schneller einfordern sollen; doch dann heißt es wieder, wir wollten die Prüfung behindern. Nein, der Rechnungshof prüft es mit dem richtigen Maß, wie er glaubt, dies tun zu müssen, und mit der nötigen Gründlichkeit. Wenn er dann zu einem Ergebnis gekommen ist, wobei ich davon ausgehe, dass es nicht ewig dauern wird, werden wir es vorliegen haben und Sie werden sehen, dass all Ihre Bedenken und das Hineingeheimnissen irgendwelcher Geschichten wie immer, wie auch in der letzten Legislaturperiode, im Sande verlaufen werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich den Abgeordneten Ulrich Singer, AfD-Fraktion, auf.

(Beifall bei der AfD)

Ulrich Singer (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kollegen! Geschätzte Amigos von der CSU!

(Beifall bei der AfD – Zurufe und Widerspruch)

Ich muss schon sagen, das Wohlwollen der CSU für lukrative Geschäfte von Freunden und Verwandten ist mittlerweile anscheinend ziemlich billig zu haben. Guten Freunden gibt man ein Küsschen oder 45.000 Euro. Bei Strauß flossen noch Millionen. Bei Ihnen reicht anscheinend eine kleine Parteispende, und man bekommt dafür eine dicke Finanzspritze in Höhe von über 27 Millionen Euro als Anschubfinanzierung sowie obendrauf sichere Mieteinnahmen für einen Zeitraum von 25 Jahren in Höhe von weiteren rund 70 Millionen Euro. Das ist keine schlechte Rendite – und hat ein Geschmäckle.

Herr Kollege Brannekämper, Sie können dem Volk doch nicht mehr erklären, wie ein Mietpreis von über 38 Euro pro Monat und Quadratmeter zu rechtfertigen ist, während das Volk gleichzeitig durch die Aussperrungen und Corona-Maßnahmen in den Ruin getrieben wird.

Wir begrüßen daher den Antrag der SPD, weil hier dringender Aufklärungsbedarf besteht. Die Verquickung von Parteipolitik, Finanzkapital und Familieninteressen muss aufgedeckt und beleuchtet werden.

Der Skandal um das Deutsche Museum in Nürnberg offenbart, dass der CSU-Amigo-Staat keineswegs untergegangen ist. Es ist natürlich immer schön zu sehen, dass man es in Deutschland immer noch zu etwas bringen kann. Man braucht dazu anscheinend nur eine starke Frau an seiner Seite, die natürlich über das richtige Parteibuch verfügt und den richtigen Job hat. Dann läuft alles wie geschmiert. Gewinne werden ungeniert privatisiert und die Kosten auf die Allgemeinheit übertragen.

Wenn sich die Staatskanzlei jetzt dahin gehend herausreden möchte, dass es sich eben um kein staatliches Projekt handele, dann ist das ein Schlag ins Gesicht des Steuerzahlers. Ich darf von der Internetseite des Deutschen Museums zitieren:

Das Deutsche Museum ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Es hat das Recht der Selbstverwaltung im Rahmen seiner Satzung und steht unter dem Schutz und der Aufsicht der Bayerischen Staatsregierung.

Mit "Schutz" ist offensichtlich gemeint, dass der Staat und damit die Allgemeinheit als Zahlmeister aufzutreten und die Kosten zu tragen hat; nur mit der Aufsicht klappt es einfach noch nicht so richtig. Wir brauchen hier daher eine umfassende Untersuchung und Aufklärung.

(Beifall bei der AfD)

Zudem mehren sich ja die Anzeichen dafür, dass es sich hier um keinen Einzelfall handelt. Wahrscheinlich ist es nur die Spitze des Eisberges.

Vor Kurzem wurden ja in ganz Bayern auf die Schnelle Impfzentren aus dem Boden gestampft. Die Mietpreise und die damit verbundenen Kosten spotten jeder Beschreibung. Nach Auffassung unserer Staatsregierung muss der Steuerzahler aber auch dafür Verständnis zeigen, denn schließlich ist ja bei vielen Ihrer Parteifreunde die Einnahmenquelle aus der Vermietung von Unterkünften für illegale Zuwanderer zurzeit etwas ins Stocken geraten.

(Unruhe)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, bleiben Sie bitte beim Thema.

Ulrich Singer (AfD): Herr Kollege Brannekämper, wir lehnen die Selbstbeweihräucherung, die die CSU in Ihrem Antrag bringt, ab. Der Antrag strotzt vor Scheinheiligkeit und ist abzulehnen.

Ich möchte eines klarstellen: Selbstverständlich – ich denke, darin ist sich das ganze Haus einig – begrüßen wir alle den Bau und die Errichtung des Deutschen Museums in Nürnberg. Das ist ein Leuchtturm-Projekt, darin haben Sie recht. Es geht hier aber doch um eine ganz andere Frage: Es geht um die Angemessenheit der Kosten und um die Frage des Auswahlverfahrens. Wir haben große, erhebliche und berechtigte Zweifel daran, ob hier alles ordnungsgemäß abgelaufen ist.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe damit als nächste Rednerin Frau Kerstin Radler von der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf.

Kerstin Radler (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin seit Oktober 2018 im Landtag sowie im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst. Eines habe ich gelernt: Wenn der Name "Deutsches Museum" fällt, dann klingelt es allen in den Ohren – und mir mittlerweile auch.

Ich denke, wir müssen beim Deutschen Museum in München und dessen Zweigstelle in Nürnberg sehr genau und durchaus auch kritisch hinschauen. Für Großprojekte dieser Art gilt einerseits, dass sichergestellt werden muss, dass mit öffentlichen Mitteln transparent, verantwortungsvoll und kostensparend umgegangen wird. Wir stehen da in der Verantwortung. Explizit dafür stehen auch wir als FREIE WÄHLER.

Andererseits erscheint es mir nicht plausibel, dass die SPD den ORH nun zu einer Sonderprüfung auffordern möchte, obwohl ohnehin schon geprüft wird, Kollege Branekämper hat das ausführlich dargelegt. Seit Juli 2020 wird geprüft. Die Prüfer sind unabhängig und lassen sich – meiner Meinung nach aus gutem Grund – weder vom Landtag noch von der Staatsregierung vorschreiben, wie sie den Vorgang zu untersuchen haben. Wir können den Dringlichkeitsantrag der SPD insofern nicht nachvollziehen.

(Zuruf)

– Wie bitte?

(Zuruf)

– Ja, Sie können das als ausdrückliches Mittel beantragen. Derzeit wird aber geprüft. Ich denke, dass die Prüfung auch hinreichend Auskunft gibt. Wenn nicht, dann können Sie diesen Antrag ja noch einmal stellen.

Ebenso wenig wie dem Antrag der SPD kann ich dem Antrag der GRÜNEN folgen, insbesondere was die Formulierung anbelangt, dass die ehemaligen Minister Dr. Spaenle, Dr. Markus Söder, Albert Füracker, aber auch der jetzige Wissenschaftsminister Bernd Sibler auf dieser Sondersitzung vorgeführt werden sollen. Meines Erachtens mutet das eher wie ein persönliches Verhör an und scheint nicht dem Willen verpflichtet, größtmögliche Transparenz hinsichtlich eines Sachverhalts zu schaffen. Darum geht es uns doch aber.

Wenn man sich den Antrag der CSU ansieht, dann denke ich, dass unserem jetzigen Wissenschaftsminister Sibler durchaus so viel Vertrauen entgegengebracht und Kompetenz zugesprochen werden sollte, dass auch er uns transparent und umfassend über die Entwicklungen der vergangenen Jahre informieren kann.

Wir sind uns doch alle einig: Wir alle begrüßen die Zweigstelle Nürnberg. Die Kollegin Osgyan hat das ja ausgeführt. Wir freuen uns über das Projekt, das zweifellos ein Vorzeigeprojekt ist, nicht zuletzt deshalb, weil die thematische Ausrichtung dieses Museums die großen Fragen unserer modernen Gesellschaft aufgreift.

Selbstverständlich müssen wir hier gerade deshalb die Zweifel ausräumen und die Öffentlichkeit auch transparent informieren. Darin sind wir uns einig. Wir stimmen dem Antrag der CSU deshalb zu. Die Anträge der SPD und der GRÜNEN lehnen wir aufgrund der vorgenannten Gesichtspunkte ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Sebastian Körber für die FPD-Fraktion.

Sebastian Körber (FDP): "Das ist aberwitzig. Wer immer es erdacht hat, spinnt." – Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit diesem Zitat ist eigentlich alles gesagt.

Herr Brannekämper, Sie nicken; das finde ich gut. Es war auch ein CSU-Mann, der das gesagt hat. Herr Minister Sibler, es war nämlich Ihr Vor-Vorgänger; es war Thomas Goppel, Mitglied Ihrer Fraktion, der das gesagt hat. Damit ist doch eigentlich schon alles beantwortet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von den Regierungsfractionen, ich möchte aber noch einmal versuchen, Ihnen das ganze Thema einzuordnen.

(Zuruf)

Herr Brannekämper, ich kann auch gerne etwas zu Mietpreisen sagen. Sie sollten da wirklich noch einmal nachlesen. Die Miethöhe in einer solchen Lage, wie in einem – wie Sie, wenn ich Sie richtig verstanden habe, es nennen und worauf Sie sich berufen – Gutachten der IMBY dargelegt ist – – Soll ich Ihnen einmal sagen, was dieses Gutachten ist? – Ich habe mir die Akten natürlich angeguckt. Das sind acht DIN-A4-Seiten, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich habe in der ganzen Zeit, in der ich mich mit Immobilien da draußen beschäftige, noch nicht erlebt, dass ein 100-Millionen-Euro-Projekt aus Steuergeld mit acht DIN-A4-Seiten, wenn ich Ihre Worte verwenden darf, "begutachtet" werden soll. Das macht mich wirklich fassungslos.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Schauen wir uns die Fakten an: Es gibt eine Vertragsdauer von 25 Jahren. Ich habe die Staatsregierung gefragt. Herr Sibler, Ihr Ministerium hat wie immer zu spät geantwortet. Es gibt in ganz Bayern vier Vergleichsbeispiele, in denen das auch der Fall gewesen ist. Das sind vier Gebäude des Polizeipräsidiums in München, weil man dort einfach keine andere Chance hat, als die Lagen zu nehmen, die vorhanden sind. Da muss man für die Sicherheitstechnik dann halt zusätzlich einen Zuschuss reingeben.

Die Konstellation, die uns hier vorliegt, ist in ganz Bayern einzigartig. Dazu kommt eine Finanzspritze, die während des Verfahrens um den Mietvertrag herum von der Zeit her übrigens erhöht worden ist. Die Finanzspritze wurde nämlich innerhalb von einem Jahr nach oben korrigiert. Das haben Sie sich sicher alles angeguckt, Herr Brannekämper. Unterschrieben sind diese Dokumente nämlich von Markus Söder als ehemaligem Finanzminister und von Ludwig Spaenle als früherem Wissenschafts- und Kunstminister. Das sind die Personen, die das Ganze noch zusätzlich erhöht haben.

Diese Standortauswahl, von der Sie sprechen – auch die wurde übrigens während des Verfahrens geändert. Wissen Sie, was das Deutsche Museum selber zu dieser Lage und zu dieser Miethöhe gesagt hat? – Das Deutsche Museum hat 25 Euro pro Quadratmeter in seiner ersten Stellungnahme als für diese Lage zu hoch erachtet.

25 Euro! Jetzt werden ja fast 40 Euro pro Quadratmeter bezahlt. Jetzt stellen Sie sich allen Ernstes hin und sagen, mit diesen acht DIN-A4-Seiten können wir 100 Millionen Euro Steuergeld rechtfertigen? – Da bin jetzt ich mal fassungslos. Das habe ich in meinem ganzen Berufsleben noch nie erlebt.

Jetzt können wir uns mal die Zeitschiene anschauen. 2014 ist dieses Projekt von Markus Söder auf die Spur gesetzt worden in der sogenannten Nordbayern-Initiative. Im Jahr 2017 wurde das Auswahlverfahren durchgeführt, das überhaupt nur durch diese Finanzierungsvereinbarung ermöglicht worden ist.

Ich verstehe übrigens, dass die FREIEN WÄHLER sich jetzt etwas bedeckt halten. Der damalige Ausschussvorsitzende war ja bekanntermaßen der Kollege Piazzolo. Ich verstehe, dass Sie da jetzt vielleicht ein bisschen weniger dazu sagen wollen. Das kommt ja vielleicht noch.

2017 wurde das Ganze "begutachtet" von der Immobilien Freistaat Bayern im Rahmen der sogenannten Amtshilfe, von einer nachgelagerten Behörde, die damals dem Finanzministerium unterstellt gewesen ist. Das heißt, Markus Söder war auch noch der Dienstaufsichtsminister für diese staatliche Unterstützungsstelle, wo das im Amtshilfeverfahren plausibilisiert werden sollte. Wenn es ein Gutachten geben würde, dann wüssten wir vielleicht, was der wirkliche Mietpreis in der Lage wäre. Dann hätten wir eine Rechtfertigung. Warum das nicht gemacht worden ist, erschließt sich mir überhaupt nicht.

2018 – es ist ja erzählt worden – gab es dann noch eine Parteispende, im Nachgang zum Mietvertrag sozusagen. Es ist ja alles nachzulesen. Das Schlimme ist ja: Das denke ich mir nicht mal aus. Das ist alles nachzulesen. Das sind die Fakten, meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen.

(Zuruf)

Ja – da bin ich bei meiner Kollegin von den FREIEN WÄHLERN –, da müssen wir volle Transparenz herstellen, und zwar im Sinne des Museums

(Zuruf)

vor Eröffnung des Museums. Ich möchte unbedingt, dass diese großartige Architektur in Nürnberg in eine schöne Nutzung überführt werden kann. Deswegen ist dieses Dunkelfeld, das hier im Raum steht, vorher zu prüfen und aufzuklären. Ich bin den Kollegen von den GRÜNEN und den Kollegen von der SPD dankbar, dass sie hier die Fragen, die zu stellen sind, vorgetragen haben. Da müssen Sie doch bitte zustimmen, dass das vorher passieren kann, schon alleine im Sinne dieses Museums. Und da kommen Sie von der CSU hier mit einem Berichtsantrag um die Ecke. Das ist geradezu "Verarschung" von uns hier im Parlament. Wir haben hier die Kontrollfunktion,

(Zuruf)

und Sie sagen dann einfach, es soll weiter im Wissenschaftsausschuss berichtet werden, wie der Vorgang hier weitergeht, wie die Exponate ausgestellt werden.

(Zuruf)

Das halten Sie uns hier jetzt entgegen, und der ORH darf gnädigerweise weiter prüfen.

(Zurufe)

Das ist Ihr Nachzieher, den Sie uns bringen.

(Zuruf)

Das ist wirklich unglaublich gegenüber uns Parlamentariern, die hier volle Transparenz haben wollen. Es mag zwar früher üblich gewesen sein. Früher konnte der König hier bauen, was er wollte. Aber wir sind hier nun mal ein Parlament, das die Haushaltskompetenz hat.

(Zurufe)

Da scheint mir so die Devise zu gelten: "Koste es, was es wolle – ist doch mir egal. Es zahlt ja schließlich der Steuerzahler." Da werfen Sie jetzt diese Nebelkerzen. Das darf nicht sein. Das Parlament hat hier die Kontrolle. Es muss aufgeklärt werden. Anders geht es nicht. Die agierenden Personen müssen befragt werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Pardon, Herr Abgeordneter, bleiben Sie bitte noch am Mikrofon. Wir haben gerade noch eine Zwischenbemerkung von Herrn Prof. Hahn.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Zur Geschäftsordnung!

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte?

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Ich hätte mich gerne nach der Debatte zur Geschäftsordnung geäußert.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nach der Debatte? Der gesamten Debatte?

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Ja.

(Zuruf)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Dann sind Sie entlassen. – Wir haben jetzt fünf Minuten vor zehn. Wenn ich jetzt die Debatte weiterlaufen lasse, Herr Prof. Hahn – wir kommen sowieso nicht mehr zur Abstimmung; das ist klar –, dann kann ich auch nicht mehr Ihren Geschäftsordnungsantrag aufrufen. Dann machen Sie es bitte entweder jetzt, oder Sie sagen Nein. Ich nehme an, Sie wollen irgendeine Bemerkung rügen. Das können Sie natürlich immer machen. Ich habe hier in einer harten

Auseinandersetzung nichts gefunden, was wirklich zu einer Rüge Anlass gibt. Das will ich hier bloß gleich mal hier feststellen.

(Zurufe)

Wenn Sie mit dem Verfahren einverstanden sind, dann würde ich jetzt den nächsten Redner aufrufen. Das ist der Herr Kollege Markus Blume von der CSU-Fraktion.

Markus Blume (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Herren Radikalen vom rechten Rand,

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zurufe)

wenn es hier Dinge zu rügen gäbe, dann wahrscheinlich die Äußerungen des Abgeordneten der AfD.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, zu dieser Debatte fällt mir eigentlich nur ein Wort ein: durchsichtig. Es ist durchsichtig, wie hier seitens der Opposition im Bayerischen Landtag argumentiert wurde.

Ja, lieber Herr Kollege Körber: Ich bin auch fassungslos, fassungslos über die Art und Weise, wie hier Argumente aus der Vergangenheit verdreht werden und wie hier, um die Worte von Frau Osgyan noch mal zu verwenden, etwas angerührt wird, was mit "Sumpf", mit "Saustall", mit "Skandal" zu tun haben soll, meine Damen und Herren. Wir reden über das Deutsche Museum Nürnberg, ein Projekt, das hier im Bayerischen Landtag mehrfach in aller Art und Weise behandelt wurde und wo die Fragen aufgeklärt wurden. Da jetzt hier plötzlich einen "Saustall", einen "Spendensumpf" herbeireden zu wollen, das ist die eigentliche Sauerei, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Am ehesten verstehe ich es, ehrlich gesagt, noch bei Ihnen, Herr Güller. Denn ich hätte mich auch über das geärgert, was die "Süddeutsche" vor zwei Tagen geschrieben hat. Ich darf mal kurz vortragen: "Die SPD wiederum schleppt sich so kraftlos durch die Landespolitik, wäre sie eine Privatfirma, sie hätte längst Insolvenz anmelden müssen." Die "Süddeutsche Zeitung" hat sich darüber geärgert, dass die bayerische Opposition hier im Landtag irgendwie nicht so richtig in die Gänge kommen will beim Thema "Deutsches Museum in Nürnberg". Da hat sich die SPD im Bayerischen Landtag wahrscheinlich gedacht: Wenn das schon die "Süddeutsche" schreibt, dann können wir das nicht auf uns sitzen lassen. Deswegen müssen wir jetzt auch einen Antrag zu diesem Thema stellen. – Das will ich Ihnen einfach noch zugutehalten.

(Zuruf)

Schon viel weniger verstehe ich die Kollegin Osgyan, die dieses Projekt in Nürnberg immer mit ganz leuchtenden Augen begleitet. Der Kollege Brannekämper hat recht: Ja, sie will unbedingt bei der Eröffnung ganz vorne mit dabei stehen – ich verstehe das menschlich total – und will hier plötzlich noch einen Punkt machen

(Zuruf)

und das einer bestimmten Person ans Bein binden. Ich glaube, dafür gibt es genau ein Wort: Es ist durchsichtig.

Was die AfD und den Kollegen Ulrich Singer angeht, da fällt mir eigentlich nur eines ein: Sie gehören einer Partei an, die Expertin ist für Fake News, für Falschmeldungen, für Schmutz, auch für ganz unappetitlichen Schmutz.

(Zurufe)

Insofern hat mich Ihr Beitrag auch heute wieder überhaupt nicht überrascht, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Der FDP möchte ich zugutehalten, dass sie zumindest das hier nicht zum Thema gemacht hat, was sie zuvor in der Presse behauptet hat, wo sie nämlich versucht hat, einen Zusammenhang mit einer Spende herzustellen. Ich darf kurz zitieren: "Hier wird zu Unrecht skandalisiert. Diese Spenden sind einwandfrei beim Bundestag angezeigt worden. Sie hatten keinen Einfluss auf unsere politischen Positionen." Preisfrage, Herr Körber: Von wem war das? – Das war der heutige Parteivorsitzende der FDP Christian Lindner, und zwar ging es da nicht um eine Spende in Höhe von 45.000 Euro, sondern es ging um eine Millionenspende. Es war damals die Mövenpick-Spende.

(Zuruf)

Insofern verstehe ich, dass Sie heute solche Argumente nicht mehr anbringen wollten, weil Sie bei einer Millionenspende aus Ihrer Sicht offensichtlich auch schon die falschen waren.

Lassen Sie mich abschließend noch eines sagen. Ich möchte zusammenfassend unterstreichen, was Kollege Brannekämper gesagt hat. Erstens ist dieses Bauvorhaben kein Bauvorhaben des Freistaats Bayern. Es gibt eine staatliche Finanzierungsvereinbarung, aber der Vorhabenträger ist das Deutsche Museum. Das ist unbestritten. Zweitens gab es aus Parteisicht – das darf ich aus Parteisicht deutlich sagen – keine Kenntnis dieser Spende, insbesondere auch nicht bei Markus Söder.

(Zuruf)

Er hatte zu diesem Zeitpunkt kein Amt in der CSU inne. Er war weder Bezirksvorsitzender in Nürnberg noch Parteivorsitzender. Schon aus diesen beiden ganz einfachen Gründen ist für jeden hier ersichtlich, dass es folglich auch keinen Zusammenhang geben kann, auch wenn dieser immer wieder behauptet wird. Demjenigen, der jetzt noch anderes behauptet, sage ich ganz klar: Er sagt entweder die Unwahrheit oder übt Verleumdung. Ich sage Ihnen deutlich: Das Deutsche Museum ist und bleibt für uns als CSU-Fraktion ein echtes Zukunftsprojekt. Dieses Zukunftsprojekt für Nürnberg, Herr Körber, lassen wir uns von der Opposition nicht kaputt machen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Es gibt zwei Zwischenbemerkungen. – Die erste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Körber.

Sebastian Körber (FDP): Herr Blume, ich freue mich, dass Sie auch für Ihre Partei, die CSU, das Wort ergreifen. Dann können wir doch einmal über die Spendenpraktiken sprechen. Es geht hier um eine Spende von 45.500 Euro. Nicht Herr Söder, sondern Ihr Parteisprecher hat gesagt, dass Herr Dr. Söder von dieser Spende keine Kenntnis hatte, sondern durch die Berichterstattung von ihm erfahren hat. Der Immobilienunternehmer hat sich in den Medien selbst geäußert, er sei ein regelmäßiger Spender der CSU. Das ist Ihre Partei. Sind Sie nicht auch der Meinung, dass Herr Dr. Markus Söder verschiedene Funktionen in Ihrer Partei innehat und vielleicht doch auch Kenntnis über regelmäßige Spenden hat? Wenn ein regelmäßiger Spender im Zusammenhang mit solchen Projekten steht, dann macht es das aus meiner Sicht übrigens noch schlimmer. Vielleicht können Sie dies für uns noch einmal einordnen.

Ein weiterer Punkt: Sie sagen, der Vorhabenträger sei das Deutsche Museum. – Der Vorhabenträger ist der Steuerzahler. Sie reden hier von 100 Millionen Euro Steuergeld, das mit der Unterschrift von Markus Söder als ehemaligem Finanzminister ausgegeben worden ist. Erst dadurch wurden die Miete und auch der Anschub des Museums möglich. Was Sie sagen, ist absurd. Vielleicht können Sie diese beiden Themen für uns noch einmal einordnen, gerne aus Ihrer Parteisicht.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Kommen Sie bitte zum Ende.

Markus Blume (CSU): Für Sie ist es absurd; für uns ist es selbstverständlich. Ich habe das gerade vorhin ausgeführt. Es gibt eine Finanzierungsvereinbarung mit dem Freistaat Bayern. Der Vorhabenträger ändert sich aber deswegen nicht. Dieser ist und bleibt das Deutsche Museum. Was die Spende angeht, habe ich ebenfalls alles klar beantwortet. Erstens hatte Markus Söder von dieser Spende keine Kenntnis. Zweitens werden sämtliche Zuwendungen an die Christlich-Soziale Union strikt nach den Vorga-

ben des Parteiengesetzes mit allen Anforderungen an Transparenz und Sonstiges verbucht und selbstverständlich auch dem Deutschen Bundestag gemeldet, wenn es notwendig ist.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Abgeordneten Ulrich Singer von der AfD-Fraktion.

Ulrich Singer (AfD): Herr Kollege Blume, Sie haben mich in Ihrer Rede persönlich angesprochen. In Ihrer Einleitung haben Sie erwähnt, dass – wenn überhaupt – der Beitrag der AfD zu rügen sei. Mich interessiert, was Sie an meiner Rede konkret rügebefürftig finden. "Saludos Amigos" ist doch ein bekannter Ausspruch innerhalb der CSU, der auch von Herrn Streibl damals benutzt wurde. Damals wurde auch die Frage gestellt: Ist es bei uns in der CSU eine Schande, Freunde zu haben? Damals ging es um die Verquickung von Politik und Wirtschaft, die ja bei Ihnen wirklich gut vertreten ist. Äußern Sie sich doch einmal dazu! Wie sieht es da inzwischen in Ihrer Partei aus?

(Unruhe)

Markus Blume (CSU): Die einzige Schande ist, dass die AfD in diesem Parlament sitzt.

(Lebhafter Beifall)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner darf ich Herrn Staatsminister Bernd Sibler aufrufen.

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich komme mir vor wie beim "Ball verkehrt". Wenn wir die Themen diskutieren, dann heißt es, es passiere zu viel in München und wir müssten an die Flächen in ganz Bayern denken. Hier geht es um ein Spitzenprojekt, das wir aus München auslagern und in Franken, in Nürnberg, auf den Weg bringen. Wenn wir über

Bauprojekte reden, dann wird darüber diskutiert, dass die Kostenrahmen nicht gehalten werden. Hier bewegen wir uns genau in den kalkulierten Kosten. Wenn wir über Zeitpläne reden, dann heißt es, alles dauere viel zu lange und die Bauzeiten würden überschritten. Hier sind wir genau in den angegebenen Zeiträumen. Eben "Ball verkehrt", meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich kann das wirklich nicht nachvollziehen. Wir haben eine vollkommen umgedrehte Diskussionslage. Bei allen anderen Projekten wird immer kritisiert, man mache zu viel in München, alles werde viel zu teuer und sei viel zu kostspielig. Hier ist alles eingehalten, was über Jahre hinweg in vielen Berichten des Bayerischen Landtags auch mitgeteilt worden ist, zuletzt mit einem Bericht am 23.12.2020, und vom Landtag mit entsprechenden Haushaltsansätzen versehen wurde.

Wir haben Schriftliche Anfragen, Dringlichkeitsanträge und Anfragen zum Plenum minutiös beantwortet, und trotzdem beginnt man jetzt wieder zu monieren. Kollege Blume hat die Durchsichtigkeit des politischen Hintergrundes sehr deutlich gemacht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dieses Projekt ist ein großartiger Aufschlag für ganz Bayern, für Nordbayern und die Region Nürnberg, gerade in einer Zeit, in der wir mit wissenschaftlichen Fakten gegen Fake News, gegen Klimawandel-Leugner und andere Dinge angehen können. Wir haben auch den Anspruch, dies in ganz Bayern zu tun und überall umsetzen zu können.

Jetzt höre ich, das sei der teuerste Vertrag und die höchste Miete aller Zeiten. Das erinnert mich auch ein Stück weit daran, dass wir immer Rekordhaushalte verabschieden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, haben Sie schon einmal mitbekommen, welche Baukostensteigerungen wir in den letzten Jahren bei vielen Projekten hatten? Haben Sie schon einmal mitbekommen, dass wir mittlerweile bei dem Bauministerium und bei all unseren staatlichen Projekten Baukostensteigerungen und Risikopuffer ein-

planen und dies hierdurch abbilden? Rechnen Sie doch einmal nach, wie gut wir insgesamt für die Jahre 2014 bis 2020 aufgestellt sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben für die FAU in Nürnberg erst vor Kurzem ein Ersatzprojekt für die Regensburger Straße gesucht. Auch hier haben wir ein PPP-Modell an den Start gebracht, weil wir damit Planungssicherheit und überhaupt erst ein Grundstück bekommen haben. Wir haben sehr lange gesucht, um ein Grundstück zu finden. Das unterstreicht wieder ein Stück mehr, dass auch in Nürnberg der Immobilienmarkt – gerade in der damaligen Phase – überhitzt war. Wir müssen froh sein, dass wir ein solches Grundstück bekommen haben und dieses Projekt jetzt umsetzen und gestalten können. Das ist ein guter und wichtiger Aspekt.

Liebe Frau Osgyan, ich glaube Ihnen schon, dass Sie keine kleinteilige Debatte über Quadratmeterpreise führen möchten, weil es natürlich nicht zur politischen Linie und nicht ins Klischee passt. Wir haben hier intensiv beraten. Die IMBY hat dies noch einmal in ihren Analysen zum Deutschen Museum deutlich gemacht. Sie hat festgehalten, es gehe um eine Sonderimmobilie. Diese kann man natürlich nicht mit den normalen Immobilien vergleichen, Herr Körber. Das hat Kollege Brannekämper deutlich gemacht. Es gibt beispielsweise unterschiedliche Raumhöhen, da können keine Zwischengeschosse eingezogen werden. Das bedeutet Mehrkosten im Vergleich zu einer normalen Ladenmiete. Wenn man die hier von der IMBY dokumentierte Miete von 80 Euro pro Quadratmeter heranzieht, dann sind wir mit den veranschlagten 40 Euro pro Quadratmeter nicht unvernünftig aufgestellt. Wir haben eine gute Perspektive.

Vergleicht man die angefallenen Kosten ähnlicher Museumsprojekte, die der Freistaat Bayern in den letzten Jahren auf den Weg gebracht hat, sind wir bei Aufstellung einer Gesamtkostenrechnung nicht so weit auseinander. Wir können die Kosten durchaus vergleichen.

Ich bin froh, dass wir hier ein Spitzenprojekt haben und in ganz Bayern, vor allem in Nordbayern, einen wichtigen Akzent setzen können. Ich bin froh, dass wir hier ein

transparentes Verfahren hatten. Ich bin auch froh und dankbar, dass der ORH jetzt schon seit Juli 2020 prüft und viele Dinge, die uns einfach unterstellt werden, bereits in der Prüfung sind. Selbstverständlich werden wir berichten, wenn die Dinge dann anstehen. Ich bin froh, dass wir hier ein tolles Projekt haben, und wünsche diesem Projekt einen guten Start.

Durch Unterstellungen, die jeder Grundlage entbehren, und durch Ihr Zutun sind wir gerade dabei, dieses Projekt zu versemeln. Das hat es nicht verdient. Das Deutsche Museum ist eine Weltmarke. Nürnberg und Franken haben es verdient, Anteil an dieser Weltmarke zu haben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Staatsminister, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Es gibt zwei Zwischenbemerkungen. – Die erste macht Herr Körber. Bitte schön.

Sebastian Körber (FDP): Herr Staatsminister, jetzt spricht die Staatsregierung. Deshalb würde ich gern noch einige Nachfragen stellen und Ihnen die Möglichkeit zur Antwort geben. Sie sagen, wir seien in den Kosten. Ich dachte immer, dass es sich hier um einen Mietvertrag handelt. Vielleicht können Sie uns einmal darlegen, von welchen Kosten Sie sprechen. In den Antworten auf meine Schriftlichen Anfragen haben Sie mir immer gesagt, es gebe keine Kostenbetrachtungen. Sagen Sie mir doch bitte einmal, von welchen Kosten Sie reden.

Sie sprechen von einer Analyse der IMBY. Meinen Sie damit diese acht DIN-A4-Seiten? Sie sprechen von einem Sonderbau. Das Gebäude insgesamt ist schon immer ein Sonderbau gewesen, egal ob es ein Museum oder ein Bürogebäude war. Was Sie gerade erzählt haben, ist völliger Quatsch. Schauen Sie einmal in der Bayerischen Bauordnung nach. Ein Campingplatz ist auch ein Sonderbau. Was Sie gerade erzählt haben, ist völlig absurd.

Sie sprechen von Unterstellungen. Alles, was die Kollegen der SPD, der GRÜNEN und ich gesagt haben, sind Fakten, basierend auf der Kenntnis der Unterlagen. Vielleicht können Sie uns sagen, wo Sie noch Möglichkeiten sehen, weitere Transparenz herzustellen. Sagen Sie einmal etwas zu den Baukosten. Das würde mich sehr interessieren. Ist der Freistaat jetzt Bauherr, oder hat er damit nichts zu tun? Was ist denn jetzt Phase?

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die Redezeit ist beendet.

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Herr Kollege Körber, die Kosten dieser Maßnahme, die vom Deutschen Museum entwickelt worden ist, sind im Haushalt hinterlegt. Daraus kann man ganz klare Schlüsse ziehen. Das ist transparent. Die Kosten sind alle im Haushalt verankert. Sie sind alle nachlesbar und einsehbar. Die IMBY hat das mit einem entsprechenden Gutachten dargestellt und deutlich unterstrichen. Diese Punkte wurden bereits mehrfach im Landtag berichtet. Da gibt es nichts hineinzugeheimnissen. Völlig klar ist, dass das Ganze hier keinen inhaltlichen Aspekt, sondern eine politische Stoßrichtung hat. Hier werden Dinge vermischt, die einfach nicht zusammengehören.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die letzte Zwischenbemerkung kommt von Frau Osgyan.

Verena Osgyan (GRÜNE): Herr Staatsminister, ich finde es spannend, dass hier von transparenter Aufklärung die Rede ist. Ich erinnere mich noch gut an die Berichte im Ausschuss, die wirklich läppisch waren und bei denen herumgeeeiert wurde. Wir haben zu Zeiten der Plenardebatte 2017 keinen Mietvertrag und nichts gesehen. Die Dringlichkeitsanträge wurden abgelehnt, die Fragen sind immer noch offen. Irgendwann haben wir dann einen Ordner mit ein paar zusammengeschnittenen Blättern zur Standortsuche bekommen. Da sind immer noch sehr viele Fragen offen.

Mich würde jetzt interessieren: Was ist denn nach dem Ablauf der 25 Jahre? Das hat mir noch keiner sagen können, wie da die Überlegungen sind. Wird dann die Miete nachverhandelt? Zieht das Deutsche Museum dann aus?

Wir würden uns gern über die Eröffnung freuen. Eines gebe ich zu: Hätten wir das Deutsche Museum selbst bauen lassen, wäre das Ding wahrscheinlich nie fertig geworden. Es ist Glück im Unglück, dass es jetzt dasteht. Die Intransparenz, wie es zustande kam, haben Sie jedoch nicht aufgelöst. Ich finde, das sollten Sie tun. Was ist denn jetzt mit diesen 25 Jahren Laufzeit? Wie geht es dann weiter?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Sehr geehrte Frau Osgyan, danke, dass Sie den Ball noch einmal verkehrt aufgenommen haben. Sehen wir uns die Debatten an, die normalerweise über solche Bauprojekte geführt werden, ist es bezeichnend, dass plötzlich die völlig umgekehrten Vorzeichen angewandt werden. Damit wird deutlich, dass es hier um eine politische Initiative und nicht um inhaltliche Themen geht.

Das Deutsche Museum war Gegenstand von acht Anfragen zum Plenum, neun Schriftlichen Anfragen, sieben Dringlichkeitsanträgen und wurde überdies in vielfachen Berichten behandelt. Die Fragen, die Sie jetzt bringen, sind aufgekommen, weil es plötzlich eine öffentliche Berichterstattung gab. Die Fragen betreffend den Ablauf von 25 Jahren werden wir am Ende des Tages beantworten. Jetzt starten wir erst einmal. Wir werden die übrigen Fragen beantworten, wenn die Zeit dazu gekommen ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Debatte geschlossen. Es ist jetzt 22:12 Uhr. Damit können wir über diese drei Dringlichkeitsanträge nicht

mehr abstimmen. Ich gebe bekannt, dass wir in der kommenden Sitzung nächste Woche die Abstimmungen über die drei Dringlichkeitsanträge nachholen werden.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/12465 bis 18/12468 werden an den jeweils federführenden Ausschuss überwiesen.

Damit sind wir am Ende der Sitzung. Vielen Dank. Ich wünsche einen guten Nachhauseweg.

(Schluss: 22:14 Uhr)